

Telefon 233 - 26228
 Telefax 233 - 21548

**Personal- und
 Organisationsreferat**
 Geschäftsleitung
 POR-GL-RC/PeCon

Bericht BVK

über die unter Beschlussvollzugskontrolle (BVK) stehenden Stadtratsbeschlüsse des Personal- und Organisationsreferates im Zeitraum 01.01. - 30.06.2017 im Verwaltungs- und Personalausschuss / öffentlich am 11.10.2017

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
1	08-14 / V 12487	16.10.2013 / 23.10.2013	Bio und Billig – kein Widerspruch oder wie kann der Anteil ökologischer, regionaler und fair gehandelter Produkte in städtischen Kantinen zu sozialen Preisen gesteigert werden (Antrag Nr. 08-14 / A 02358 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/RL vom 07.04.2011, eingegangen am 07.04.2011)	1. Das POR wird beauftragt, alle Schritte in die Wege zu leiten, um die unter Ziffer 2 des Vortrags genannten Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem RGU umzusetzen. 2. Das POR wird beauftragt, die Ausschreibung für einen externen Beratervertrag, wie unter Ziffer 2.4 des Vortrags vorgeschlagen, vorzubereiten. 3. Das POR wird beauftragt, die unter Ziffer 3 des Vortrags genannten weitergehenden Maßnahmen vorzubereiten. Im 1. Halbjahr 2015 wird dem Stadtrat über vorliegende Ergebnisse erneut berichtet.	Im Zeitplan Erledigt Im Zeitplan	Zu 2. Der Beratervertrag wurde ausgeschrieben und abgeschlossen. Zu 3. Dem Stadtrat wurde im 1. HJ 2015 über den Stand der Umsetzung berichtet (VPA vom 24.06.2015, 14-20 / V 03066). Die Umsetzung erfolgt in zwei Phasen: Die Phase I (Mindestanteile von bestimmten Lebens-mittelqualitäten vertraglich verbindlich und bzgl. der Essenspreise für städt.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Die einmaligen Mittel in Höhe von 20.000,00 € werden aus dem Restfonds des POR entnommen und auf dem Büroweg im Produkt PROD5701 eingestellt.</p> <p>5. Der Antrag Nr. 08-14/ A 02358 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 07.04.2011 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>6. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	<p>Beschäftigte kostenneutral festzulegen) wurde im Herbst 2016 abgeschlossen.</p> <p>Darüber hinaus prüft das externe Beratungsunternehmen die Realisierbarkeit von höheren Lebensmittelqualitäten (Phase II). Die Befassung des Stadtrates mit Projektverlauf und den Ergebnissen ist für den Herbst 2017 angestrebt. Sollte mit Erhöhung der Bio-Anteile eine Steigerung der Essenspreise für die städtischen Beschäftigten einhergehen, so wird auch der GPR damit befasst.</p> <p>Zu 4. Die 2014 zur Verfügung gestellten Mittel i.H.v. 20.000 € wurden verwendet.</p>
2	08-14 /	12.03.2014 /	Umsetzung der	1. Vom Vortrag des Referenten wird	Zeit-verzög	Zu 1. und 2.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
	V 13702	09.04.2014	UN-Behindertenrechtskonvention Maßnahmen aus dem Handlungsfeld „Arbeit und Beschäftigung“ bei der Arbeitgeberin Landeshauptstadt München	<p>Kenntnis genommen; das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die beschriebenen Maßnahmen zur Gewinnung von Menschen mit Behinderung für die reguläre und verzahnte Ausbildung umzusetzen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Voraussetzungen und Maßnahmen für die Schaffung von Praktikumsplätzen der regulären und verzahnten Ausbildung für Menschen mit Behinderungen sowie der Betreuung dieser Praktikantinnen/ Praktikanten mit Behinderungen umzusetzen.</p> <p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Maßnahmen für ein räumlich und inhaltlich barrierefreies städtisches Fortbildungsprogramm zu schaffen.</p>	<p>ert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Von den durch Beschluss genehmigten 3,0 VZÄ wurden zur Entlastung des städtischen Haushalts 2,8 VZÄ nicht eingerichtet. Eine Umsetzung des Beschlusses ist aufgrund des fehlenden Personals nicht möglich. Es ist beabsichtigt, in einer Beschlussvorlage im Herbst 2017 den weiteren Bedarf nochmals darzustellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Eine weitere vorhandene Stelle (Projekt „Verzahnte Ausbildung“) konnte zum 01.06.2017 wieder besetzt werden.</p> <p>Zu 3. Zwei direkte Ansprechpartnerinnen stehen Beschäftigten mit Schwerbehinderung zur Verfügung. Im direkten Kontakt wird besprochen, welche Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind, um eine ungehinderte Teilnahme zu ermöglichen. Nach Bedarf wird auch direkt mit den Trainerinnen und Trainern Kontakt aufgenommen, um auch hier Hindernisse zu vermeiden. Bedarfsgerecht können Seminarunterlagen vorab zugestellt bzw. je nach</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt im Benehmen mit dem Direktorium HA III STRAC und it@M eine Vorstudie und ein Sollkonzept für die Integration der Arbeitsplätze für blinde und sehbehinderte Beschäftigte in die IT-Struktur zu entwickeln.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, ein Grobkonzept für einen Handicap-Day zu entwickeln.</p> <p>6. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Benehmen mit der</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Zeit-verzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Behinderung weiter aufbereitet werden. Zugleich wird ein weiteres Praxisseminar zur Sensibilisierung und Selbsterfahrung für alle Beschäftigten erarbeitet und im Fortbildungsprogramm angeboten. Um weitere Wünsche nach zusätzlichen Fortbildungen und weitere Bedarfe an Netzwerkangebote zu eruieren fand ein entsprechender Workshop statt. Hierbei wurde eine Reihe von Maßnahmen erarbeitet, an deren Umsetzung aktuell gearbeitet wird.</p> <p>Zu 4. Das Sollkonzept ist erarbeitet. Eine Beschlussvorlage ist für den VPA am 11.10.2017 vorgesehen. Dort sind die weiteren Schritte und der notwendige Finanzbedarf dargestellt.</p> <p>Zu 5. Die Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04963 (VPA 17.02.16/VV 25.02.16) wurde beschlossen. Das Feinkonzept wird erarbeitet, sobald die personellen Kapazitäten verfügbar sind.</p> <p>Zu 6. Die zentralen Informationen zu</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Gesamtvertretung der Schwerbehinderten beim Gesamtpersonalrat, dem Behindertenbeirat der LHM, einschlägigen Verbänden, Institutionen und Ämtern ein Konzept für die Umsetzung einer barrierefreien Wissensvermittlung im Intranet zu Behinderung im Kontext mit Arbeit zu entwickeln und umzusetzen.</p> <p>7. ...</p> <p>8. ...</p> <p>9. ...</p> <p>10. Die Ziffern 1 bis 6 dieses Antrages unterliegen der Beschlussvollzugskontrolle. Das Personal- und Organisationsreferat wird dem Stadtrat erstmalig über den Sachstand der Umsetzung im 1. Halbjahr 2015 berichten.</p>	Erledigt	<p>Behinderung im Kontext mit Arbeit werden weiter aktualisiert und sukzessive weiter ausgebaut.</p> <p>Zu 10. Eine weitere Berichterstattung über die Maßnahmen der Arbeitgeberin ist mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04963 (VPA 17.02.16/VV 25.02.16) erfolgt.</p>
3	14-20 / V 02041	21.01.2015/ 28.01.2015	Ergebnisse und Folgeprozesse der Mitarbeiterbefragung „Great Place To Work“; Weiteres Vorgehen	<p>1. ...</p> <p>2. Dem Stadtrat wird zur Umsetzung der Maßnahmen zu den Handlungsfeldern auf stadtweiter Ebene (Ziffer 7 des Vortrags) und in den Referaten und Eigenbetrieben (Ziffer 4 des Vortrags) erneut berichtet.</p>	Erledigt	<p>Zu 2. Das POR hat dem Stadtrat zur Umsetzung der Maßnahmen zu den Handlungsfeldern auf stadtweiter Ebene und in den Referaten und Eigenbetrieben mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06040 (VPA am</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>3. Der Stadtrat beauftragt das Personal- und Organisationsreferat, für die Wiederholungsbefragung 2017 (Ziffer 8 des Vortrags) durch das Great Place To Work Institut die Rahmenbedingungen zu recherchieren und dem Stadtrat einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.</p> <p>4. ...</p> <p>5. ...</p> <p>6. ...</p> <p>7. ...</p> <p>8. ...</p> <p>9. Die Ziffern 2 und 3 dieses Antrages unterliegen der Beschlussvollzugs-kontrolle.</p>	Im Zeitplan	<p>08.06.2016) berichtet.</p> <p>Zu 3. Im Rahmen der unter 2. genannten Bekanntgabe hat das POR den Vorschlag unterbreitet, im Jahr 2017 über eine eventuelle Folgebefragung zu entscheiden. Bis Jahresende 2017 wird eine entsprechende Beschlussvorlage in den VPA eingebracht werden.</p>
4	14-20 / V 04095	17.02.2016/ 25.02.2016	Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Landeshauptstadt München	1. Betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Landeshauptstadt München wird, wie in Ziffer 5 des Vortrags dargestellt, verstärkt weitergeführt und zentral durch das POR unterstützt, begleitet und evaluiert (Steuerungsprodukt Personal- und Organisationssteuerung, Teilprodukt		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Arbeits- und Gesundheitsschutz).</p> <p>2. Bis zur Durchführung der Folgebefragung "GPTW" 2017 werden alle Referate und Eigenbetriebe verpflichtet</p> <ul style="list-style-type: none"> • im Rahmen der Bearbeitung der GPTW-Ergebnisse konkrete Überlegungen anzustellen, wie innerhalb der jeweiligen Organisation in Zukunft mit dem Thema "Gesundheit und Arbeitsfähigkeit" konkret umgegangen werden soll • effektive Strukturen zu schaffen und • einen Zeitplan zur Durchführung der psychischen Gefährdungsbeurteilung nach dem Leitfaden zur praktischen Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu entwickeln und mit der Umsetzung der psychischen Gefährdungsbeurteilung zu beginnen. <p>3. Bei der Entwicklung von dezentralen Aktivitäten des Betrieblichen Gesundheitsmanagement nach Ziffer 2 dieses Antrags ist der zentrale Steuerungsbereich Betriebliches Gesundheitsmanagement im POR zu beteiligen.</p>	<p>Zeit-verzögert</p>	<p>Zu 2. und 4. Die Informationen aus einer Umfrage bei den Referaten/ Eigenbetrieben wurden aufbereitet und bilden die Basis für die geplante Beschluss-vorlage in Sachen „Zentrale Finanzierung dezentraler Koordinatorinnen/ Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement“. Aufgrund der umfangreichen Vorarbeiten und fehlender personeller Kapazitäten konnte der Beschluss bisher nicht eingebracht werden; ist aber für Herbst 2017 geplant.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Der zentralen Finanzierung von Koordinatorinnen und Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement vor Ort gem. Ziff. 4.4.1 des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, dem Stadtrat nach eingehender Prüfung, in welcher konkreten Höhe zusätzliche dezentrale Personalressourcen geschaffen werden müssen, einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die Einrichtung von 8,5 Stellen-VZÄ sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnitt) zu veranlassen. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die ab dem Jahr 2016 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 588.830 € entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen der Kostenstellenbereiche der Abteilung 1 - Recht (PROD 5703 Recht) sowie der Abteilung 5 - Personalentwicklung (PROD 5701 Personal- und Organisationssteuerung und PROD 5707 Individuelle Personalentwicklung)</p>	<p>Zeit-verzögert</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>Siehe Ziffer 2</p> <p>Zu 5. Es wurden die lt. Änderungsantrag Nr. 14-20 / A 01808 8,5 Stellen-VZÄ eingerichtet. Die Stellenbesetzungen laufen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Unterabschnitt 0220 anzumelden.</p> <p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von bis zu 218.170 € (50% des JMB Beamte).</p> <p>Zudem sind für 2016 dauerhaft Arbeitsplatzkosten in Höhe von 6.800 € sowie einmalig 26.070 € (Erstausstattung Arbeitsplatz) ab Besetzung auf dem Büroweg einzustellen bzw. künftig im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden.</p> <p>6. Das zentrale Budget für das Betriebliche Gesundheitsmanagement wird ab 2016 dauerhaft für die Finanzierung der erforderlichen Sachkosten um 35.000 € aus dem zentralen Finanzmittelbestand aufgestockt. Die Mittel in Höhe von 50.000 €/Jahr, welche mit Beschluss von 19.03.2003 bereit gestellt wurden, sind daneben weiterhin zu veranschlagen. Für das Jahr 2016 werden die einmaligen Sachkosten in Höhe von 45.000 € und für das Jahr 2017 in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p>	Erledigt	Zu 6. Die Finanzmittel stehen zur Verfügung.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>7. Von den Ausführungen zum Themenfeld „Ältere Beschäftigte“ und den in Ziffer 6 beschriebenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen. Der Finanzierung dieser Maßnahmen in Höhe von 30.000 €, verteilt auf die Jahre 2016 (10.000 €) und 2017 (20.000 €), wird zugestimmt.</p> <p>8. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04814 vom 21.11.2013 „Wie geht es älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landeshauptstadt München?“ ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>9. Von der in Ziffer 7.4 beschriebenen Vorgehensweise zum Personaleinsatzmanagement und den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>10. Ein zentrales jährliches Budget für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>11. Von der in den Ziffern 7.1 und 7.2 des Vortrags beschriebenen Vorgehensweise zum Betrieblichen</p>	<p>Zeit-verzögert</p>	<p>Zu 10. Die Mittel für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wurden bisher nicht abgerufen, da die personellen Ressourcen nicht wie beantragt genehmigt wurden und erst Kapazitäten neu justiert werden mussten. Das dahinterliegende Konzept konnte noch nicht für eine Umsetzung</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Eingliederungsmanagement und zur Krankenbetreuung sowie den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>12. Der Einführung eines dezentralen BEM-Fallmanagements und die zentrale Finanzierung der notwendigen Ressourcen vor Ort gem. Ziff. 7.1.2.2. des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem kommunalen Austausch und der Auswertung weiterer relevanter Daten erneut zu berichten und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>13. Ein zentrales jährliches Budget ab 2016 für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € für die Leitung der städtischen Selbsthilfegruppe auf Honorarbasis und für das Betriebliche Eingliederungsmanagement für spezielle Trainingsmaßnahmen von BEM berechtigten Personen in Höhe von jährlich 25.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>14. Die Ausführungen in den Ziffern 7.3 Zusätzliche Maßnahmen für Menschen mit Schwerbehinderung, 7.5</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Zeit-verzögert</p>	<p>ausgearbeitet werden.</p> <p>Zu 12. Zum dezentralen BEM-Fallmanagement wurde dem Stadtrat am 15.06.2016 mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05951 eine eigene Beschlussfassung vorgelegt, mit der auch eine zentrale Finanzierung eines Pilotprojekts genehmigt wurde.</p> <p>Zu 13. Mit dem zentralen jährlichen Budget für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € wird eine externe Dienstleistung bezahlt. Die genehmigten Mittel in Höhe von 25.000 € für spezielle Trainingsmaßnahmen wurden noch nicht (in voller Höhe) abgerufen, da auch hierfür ohne entsprechende personelle Ressourcen (s. o.) die Entwicklung von konkreten Umsetzungsmaßnahmen zurückstehen musste.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Prävention durch Wissensmanagement an den Dienststellen und 7.6 Rolle der Rechtsabteilung des Personal- und Organisationsreferat, P 1.4 werden ebenfalls zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>15. Sofern die benötigten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird das Personal- und Organisationsreferat beauftragt, in 2 Jahren über die stadtweite Weiterentwicklung auf dem Gebiet „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ zu berichten.</p> <p>16. Die Einrichtung und Besetzung der erforderlichen Kapazitäten kann nicht bis zur Genehmigung des Haushalts 2016 bzw. bis zur Aufstellung des Haushalts 2017 zurückgestellt werden. Die Unabweisbarkeit dieser Maßnahme (Personal- und Sachmittel) wird anerkannt.</p> <p>17. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
5	14-20 / V 07558	07.012.2016/ 14.12.2016	Sanierungsumsetzungskonzept Städtische Klinikum München (StKM) GmbH; Übernahme von Versorgungslasten	1. In Abänderung von Ziff. 21 des Stadtratsbeschlusses vom 17.03.2004 werden auch die bislang der Städtische Klinikum München GmbH (StKM GmbH) zugeordneten Versorgungslasten (laufende	Erledigt	Die Vereinbarung wurde vom Personal- und Organisations-referenten und der StKM GmbH unterzeichnet; Versorgungslasten wurden rückwirkend ab 01.01.2017

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Versorgungsauszahlungen und Pensionsrückstellungen) für Personen, die eine beamtenrechtliche oder vertragliche beamtenähnliche Versorgungszusage ab dem 01.01.1987, aber vor dem 01.01.2005 erhalten haben, künftig von der Landeshauptstadt München (Gemeindehaushalt) übernommen.</p> <p>2. Die Verwaltung wird beauftragt, hierüber eine vertragliche Vereinbarung nach beiliegendem Muster mit der StKM GmbH abzuschließen.</p> <p>3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Antrages unterliegen der Beschlussvollzugs-kontrolle.</p>		umgebucht.
6	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<p>1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein.</p> <p>2. Die Referate und Eigenbetriebe werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit</p>	Im Zeitplan	Alle Referate und Eigenbetriebe arbeiten derzeit an den notwendigen Umsetzungskonzepten. Teilweise liegen bereits abgestimmte Fassungen vor bzw. sind in Vollzug. In einigen Fällen befinden sich die Umsetzungskonzepte in finaler Abstimmung. Zur vollständigen Umsetzung benötigte Beschlussvorlagen sind ebenfalls in Bearbeitung.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>für den Arbeitsschutz beauftragt, mit Unterstützung des Kommunalreferats und des Fachdienstes für Arbeitssicherheit (POR-FAS) unverzüglich ihre Büroarbeitsplätze anhand der unter Ziffer 2.1 des Vortrags genannten Kriterien zu kategorisieren, die unter Ziffer 4. des Vortrags genannten betriebsorganisatorischen Maßnahmen umzusetzen, insbesondere die Zugangsberechtigungskonzepte zu erstellen und die gewünschten optionalen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Das Kommunalreferat wird im Rahmen seiner Zuständigkeit nach mfm beauftragt, auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Referaten und Eigenbetrieben die baulichen Maßnahmen zu realisieren, die Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen mit der Vergabestelle zu organisieren und die erforderlichen Stadtratsvorlagen einzubringen. Der Stadtrat soll nach Möglichkeit spätestens im Juli 2017 befasst werden.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p>		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.		